K-15

Energiesparen JETZT!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt:	K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragstext

Die BDK fordert die grüne Fraktion und Regierungsmitglieder auf, umgehend folgende Beschlüsse in der Koalition durchzusetzen:

1. Für die Zeit der Energiekrise wird in Deutschland ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen eingeführt.

2. Für die Zeit der Energiekrise wird in Deutschland ein Sonntagsfahrverbot im 14-tätigem Wechsel (gerade/ungerade Kennzeichen-Nr.) eingeführt.

3. Es wird umgehend eine Kerosinsteuer eingeführt

Nach Ende der Energiekrise und einer zwischenzeitlichen Evaluierung der Folgen (Unfallzahlen, volkswirtschaftliche/r Kosten/Schaden, Energieersparnis, CO2-Minderung, Minderungen NOx und anderer relevanter Abgase) entscheidet der Bundestag über eine Fortdauer der Regelung, Anpassung oder Beendigung.

Begründung

Die apokalyptischen Darstellungen der Energieversorgung Deutschlands lassen keinen Spielraum, auch und gerade an Stellschrauben zu drehen, bei denen ein positives Kosten-Nutzen-Ergebnis absehbar ist. Tempolimit und Fahrverbote sind eine derartige Stellschraube, ebenso eine deutliche Verringerung des Flugverkehrs. Die Erfahrungen aus den 1970er Jahren haben gezeigt, dass dies umsetzbar ist, Wirkung zeigt und Akzeptanz erfährt. Empfindlichkeiten einzelner Regierungsmitglieder - die das verhindern - können nicht dauerhaft über das Allgemeinwohl gestellt werden.

Wenn in der Krise für den Winter von der Abschaltung ganzer Industriezweige mit dem Verlust Abertausenden von Arbeitsplätzen spekuliert wird, über kalte Wohnungen Hunderttausender Rentner*innen und Menschen mit geringem Einkommen, über kaltes Duschen etc., kann es nicht sein, dass diese sinnvolle Ersparnis von Erdölprodukten (die wiederum auch zum Heizen verwendet werden können) nicht genutzt wird.

Die meisten bisherigen Vorschläge der Regierung (LPG-Importe, Wiederanfeuern von Kohle-Kraftwerken etc.) lösen weder die Krise für den nächsten Winter, noch weniger passen sie in die notwendigen Beschlüsse zur Bewältigung der Klimakrise, vielmehr unterlaufen sie diese massiv.

Der eventuell kommende Hinweis auf den Koalitionsvertrag läuft ins Leere, da dieser eben aufgrund des Ukrainekrieges und der daraus folgenden Krise schon an anderen Stellen mehrfach massiv gebrochen wurde.

Zur Kerosinsteuer: Anna Lührmann (Staatsministerin im Auswär tigen Amt). https://www.fr.de/wirtschaft/steuer-befreiung-dienstwagen-kerosin-privileg-gruene-fdp-lindner-91744243.html

weitere Antragsteller*innen

Frank Schellenberger (KV Odenwald); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Hans Aust (KV Aachen); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Sigrid Pomaska-Brand (KV Mark); Michael König (KV Nienburg); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Claudia Laux (KV Ahrweiler); Martin Pilgram (KV Starnberg); Jochen Detscher (KV Stuttgart); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Angelika Wilmen (KV Berlin-Pankow); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Franz Florian Krause (KV Hamburg-Wandsbek); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.